

Basel, 23. April 2013

Internes Papier des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) zeigt:

Atomaufsicht unterläuft bundesrätlichen Auftrag

Anstatt die behördlichen Unfallszenarien auftragsgemäss mit einem schweren Atomunfall wie in Fukushima zu ergänzen, erklärt das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) einen solchen Unfall schlicht als «so unwahrscheinlich», dass der Aufwand für den Notfallschutz der Bevölkerung «nicht mehr angemessen» sei. Darum müsse der Schutz der Bevölkerung bei einem solch schweren Atomunfall nicht geplant werden. Peinlich nur: das Ensi stützt sich dabei auf veraltete, internationale Vorgaben. Dies geht aus einem internen Ensi-Dokument hervor, das die AefU heute veröffentlichen. Die AefU fordern, dass das Ensi das Versäumte nachholt und das Szenario eines extremen Atomunfalls aufnimmt.

Der Auftrag des Bundesrats war klar: Das Ensi sollte im Lichte des schweren Atomunfalls im japanischen Fukushima 2011 die behördlichen Unfallszenarien (Referenzszenarien) überprüfen. Es sollte geklärt werden, ob der gesetzlich vorgeschriebene Bevölkerungsschutz auch bei einem schweren Atomunfall in der Schweiz funktioniert. «Die Referenzszenarien müssen mit Extrem-Ereignissen ergänzt werden», verlangten am 19. September 2012 gemeinsam und unmissverständlich auch die drei Atomkommissionen des Bundes «für Strahlenschutz und Überwachung der Radioaktivität» (KSR), «für nukleare Sicherheit» (KNS) und «für ABC-Schutz» (KomABC).

Anstatt schwere Atomunfälle nur «vernünftigerweise planbare» berücksichtigt

Auskunft darüber, was die Atomaufsicht aus dem bundesrätlichen Auftrag gemacht hat, gibt das Ensi-interne Dokument [«Überprüfung der Referenzszenarien für die Notfallplanung in der Umgebung der Kernkraftwerke, Entwurf»](#) vom 21. Dezember 2012, das die AefU heute veröffentlichen. Darin schreibt das Ensi, bei der Notfallplanung für AKW-Unfälle sei «Augenmass» zu halten. Einige der Szenarien für schwere Atomunfälle seien «so unwahrscheinlich», dass der Aufwand für einen entsprechenden Notfallschutz der Bevölkerung «nicht mehr angemessen» wäre. Berücksichtigt werden müssten nur um Atomunfälle, «die vernünftigerweise planbar» seien. Deshalb lässt das Ensi einen nicht vernünftig planbaren Unfall wie in Fukushima einfach weg und kommt zum Schluss: «Hinsichtlich des Quellterms* und des Freisetzungzeitpunkts** ergeben sich gegenüber den bisherigen Szenarien keine Änderungen.»[1] Peinlich nur: Unsere Atomaufsicht beruft sich dabei auf veraltete internationale Empfehlungen aus den Jahren 2007 und 2009 [2] – ganz so, als wäre 2011 die theoretisch völlig unwahrscheinliche Atomkatastrophe in Fukushima nie geschehen.

Kritikloses Vertrauen in dieselben mathematischen Modelle wie in Fukushima

Noch immer stützt sich das Ensi kritiklos auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen (probabilistische Sicherheitsanalysen). In der Folge von Fukushima aber hatten die drei Atomkommissionen des Bundes festgehalten, es sei «nun anerkannt, dass die Eintretenswahrscheinlichkeit» von schweren Atomunfällen «lediglich eine Arbeitsgrösse darstellt, welche jedoch das Negieren des Vorkommens seltener Ereignisse nicht zulässt». Auch Mitarbeiter des renommierten deutschen Max Planck Instituts halten in einem bemerkenswerten Aufsatz vom Mai 2012 fest: «Aus den Erkenntnissen der letzten Jahrzehnte kann geschlossen werden», dass die «Wahrscheinlichkeit für eine Kernschmelze» in Kombination «mit einem Containment-Versagen (...) unterschätzt» worden sei.[3] Davon aber will das Ensi auch nach Fukushima partout nichts wissen – und rechnet wie eh und je vor, dass ein schwerer Atomunfall in der Schweiz so unwahrscheinlich ist, dass er für den Notfallschutz nicht berücksichtigt werden muss. Das Ensi tut das für die Schweizer AKW's weitgehend so, wie es die japanischen Behörden vor Fukushima mit denselben mathematischen Modellen für die dortigen Reaktor-Blöcke getan und sich getäuscht haben.

Weite Teile der Schweiz zerstört

Was das Ensi keinesfalls zeigen will, führt der Kurzfilm [«Fukushima in Mühleberg – was wenn?»](#) beklemmend vor Augen:

- 90'000 Menschen vor allem aus der Stadt Bern müssen sofort evakuiert werden – Konzepte dafür fehlen.
- 185'000 Menschen müssen ihre Häuser für immer verlassen – wohin weiss niemand.
- 10'000 km² Land sind verseucht. Nahrungsmittel sind kontaminiert.

Mit anderen Worten: Geschieht Fukushima in Mühleberg, sind weite Teile der Schweiz zerstört.

Im Widerspruch zum Atomgesetz

«Das Ensi berücksichtigt nur „vernünftigerweise planbare“ Szenarien. Es räumt damit ein, dass bei einem jederzeit möglichen, „unvernünftigen Atomunfall“ wie in Fukushima auch die Schweizer Bevölkerung nicht geschützt ist. Dies gilt insbesondere bei den altersschwachen Reaktoren in Beznau und Mühleberg», bilanziert Peter Kälin, Präsident der AefU. Und weiter: «Das steht im Widerspruch zum Atomgesetz, das einen funktionierenden Katastrophenschutz als Bedingung vorschreibt, damit AKWs überhaupt betrieben werden dürfen», hält der AefU-Präsident fest.

Noch immer kein Ensi-Thema: das verseuchte Wasser

Das radioaktive Wasser, das in Fukushima inzwischen seit zwei Jahren immer wieder ins Meer fliesst, würde in der Schweiz Flüsse, Seen, Grund- und Trinkwasser kontaminieren. Denn: [Geschieht Fukushima z.B. in Mühleberg](#), bleibt der Bielersee für Jahrzehnte verstrahlt. Sogar ein Aufenthalt an seinem Ufer wäre gefährlich. Das aber ist beim Ensi bis heute kein Thema.

Die AefU fordern:

- Die auftragsgemässe Aufnahme eines Extremunfalls wie Fukushima in die Referenzszenarien
- Detaillierte Abklärungen über die Konsequenzen eines schweren Atomunfalls auf Flüsse, Seen, Grund- und Trinkwasser.
- Die sofortige Stilllegung zumindest der beiden veralteten AKWs in Beznau und Mühleberg

Das bisher [unveröffentlichte Ensi-Dokument](#) und den Kurzfilm [«Fukushima in Mühleberg – was wenn?»](#) finden Sie unter www.aefu.ch.

Kontakt:

Dr. med. Peter Kälin, Leukerbad, Präsident AefU 079 636 51 15
Dr. Martin Forter, Basel, Geschäftsführer AefU 061 691 55 83

* Menge der aus dem AKW austretenden Radioaktivität; ** Zeitpunkt, zu dem die Radioaktivität aus dem AKW austritt.

[1] Ensi: Überprüfung der Referenzszenarien, S. 1 u. 8.

[2] IAEA GS-G-2.1 "Arrangements for Preparedness for a Nuclear or Radiological Emergency", 2007; ICRP, 2009. Application of the Commission's Recommendations for the Protection of People in Emergency Exposure Situations. ICRP Publication 109. Ann. ICRP 39; vgl. Ensi: Überprüfung der Referenzszenarien, S. 8.

[3] «However, based on the evidence over the past decades one may conclude that the combined probabilities (a, Probability of core melt) and (b, Probability of containment failure) have been underestimated.» (Lelieveld J. et al: Global risk of radioactive fallout after major nuclear reactor accidents, Atmos. Chem. Phys. 12, 2012, p. 4245 et 4246).